

GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

Wir haben ein **Konzept zur Reform** der Bundeswehr

Über die Köpfe der Soldaten hinweg sparen, kürzen, streichen: Im Konzept der Bundesregierung heißt das „Ausplanung“.

Generalsekretär Ruprecht Polenz fragt in der Bundestagsdebatte am 12. Oktober Rudolf Scharping: „Ist das Ihre Zukunftsvostellung von

der Bundeswehr, Herr Minister? Unsere ist es jedenfalls nicht.“ CDU und CSU haben mit den betroffenen Soldaten und Zivilbeschäftigten vorher diskutiert und erst dann ihr Reformkonzept für die Bundeswehr vorgelegt. Schwerpunkt: wirksame Sicherheitsvorsorge. (Seite 6)

INHALT

ANGELA MERKEL:
 Wir brauchen das belebende Element Wettbewerb auch in Wissenschaft und Forschung. „Gipfel“ im Konrad-Adenauer-Haus
 SEITE 3

GESUNDHEITSREFORM
 Ulf Fink und Wolfgang Zöllner:
 Politik der Schröder-Regierung geht zu Lasten der Patienten. Ernüchtende Bilanz nach zwei Jahren Rot-Grün
 SEITE 8

GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
ROT + ROT = NORMAL?

Seite 4

Noch vor einem Jahr hat Franz Müntefering scharf abgegrenzt: „Die PDS ist gnadenlos opportunistisch.“ Man braucht in dem Zusammenhang noch nicht einmal daran zu erinnern, dass Scharping als SPD-Vorsitzender Harald Ringsdorf sogar mit dem Parteausschluss gedroht hatte, als er mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Sache machen wollte. Auf einmal ist das alles nicht mehr wahr, und Gerhard Schröder trifft sich mit PDS-Chef Bisky zum Essen. Was ist inzwischen passiert? Generalsekretär Ruprecht Polenz: „Der Kanzler fürchtet, dass es 2002 für Rot plus Grün nicht mehr reicht. Deshalb sein Fahrplan: der PDS im Osten flächendeckend zur Macht verhelfen und über Brandenburg und Berlin zurück ins Kabinett.“

ULF FINK UND
WOLFGANG ZÖLLER:
POLITIK DER SCHRÖDER-
REGIERUNG GEHT ZU
LASTEN DER PATIENTEN

Seite 8

Immer häufiger kriegen Patienten in den Arztpraxen zu hören: „... kann ich Ihnen nicht verschreiben. Mein Budget ist leider aufgebraucht.“ Ergebnis von zwei Jahren rot-grüner Gesundheitspolitik. Alarmierende Unterversorgung geht auch aus einer Studie des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller hervor. CDU und CSU wollen eine Gesundheitsreform, die hier Abhilfe schafft: den Bürgern nicht weiter weiß machen, dass alles, ohne nur einen Pfennig mehr zu bezahlen, möglich ist, und gleichzeitig sicher stellen, dass notwendige Leistungen zu keiner Frage des Geldbeutels werden.

FÜR EINE BESSERE POLITIK:
BILANZ DER CDU/CSU-
BUNDESTAGSFRAKTION NACH
ZWEI JAHREN ROT-GRÜN

Dokumentation

■ Steuerreform: verfehlt ■ Rentenpolitik: erst auf massive Einwirkung seitens der Opposition hin erste Schritte ■ Gesundheitsreform: Unionspläne glatt abgelehnt. Friedrich Merz und Michael Glos sind sich einig: Diese Regierung kann die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben nicht bewältigen. Selbst wo sich neue Chancen bieten – für Wachstum und Beschäftigung – nutzt sie diese nicht.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfers Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel., (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Wir brauchen das **belebende Element** Wettbewerb

Wissenschaft und Forschung fit für das 21. Jahrhundert machen – darüber diskutierten am 16. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus die Parteivorsitzende Angela Merkel und ihre Stellvertreterin Annette Schavan mit Vertretern von Wissenschaftsorganisationen, Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien.

„Ich freue mich, dass eine Volkspartei wie die CDU die öffentliche Debatte über Bildung und Forschung anregt.“ So das Fazit des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem „Wissenschaftsgipfel“.

Grundlage der Diskussion war das Thesenpapier „Leitbild Wissenschaft 2010“ mit den Schwerpunkten ■ Globalisierung und Wettbewerb ■ Wissenschaft und Wirtschaft ■ Forschung und Entwicklung ■ Nachwuchsförderung ■ Lehre, Studium und Weiterbildung ■ Berufsbefähigung ■ Wissenschaftsmanagement ■ Internationalisierung ■ Finanzierung. „Der Wissenschaftsbetrieb

wird sich künftig noch stärker als bisher dem internationalen Wettbewerb stellen müssen – wie überhaupt der Wettbewerb als belebendes Element in die Wissenschafts- und Forschungslandschaft Einzug halten wird.“ Angela Merkel erwartet tief eingreifende Veränderungen in Struktur und Finanzierung der Universitäten sowie eine stärkere Öffnung hin zur Wirtschaft.

Auf Zustimmung traf ihr Eintreten für ein „breit angelegtes Stipendien- und Darlehenssystem“, für einen „verbesserten Familienlastenausgleich“ und gegen die „isolierte Diskussion um das Verbot von Studiengebühren“.

Änderungen in der Bildungslandschaft sagte auch Annette Schavan voraus. „Dazu müssen wir Politiker die Weichen richtig stellen.“ Zwei Ziele hebt sie besonders hervor: Abitur nach zwölf Jahren und die Abschaffung der ZVS.

[http://](http://www.cdu.de/projekt_21/bildung/leitbild-wissenschaft-2010-inh.htm)

Wortlaut des Thesenpapiers:
www.cdu.de/projekt_21/bildung/leitbild-wissenschaft-2010-inh.htm

TEILNEHMER:

■ Prof. Dr. Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ■ Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Frankenberg, Rektor der Universität Mannheim ■ Prof. Dr. med. Detlev Ganten, Vorsitzender der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft ■ Prof. Dr. h.c. Dipl.-Ing. Dietmar von Hoyningen-Huene, Rektor der Fachhochschule Mannheim, ■ Prof. Dr. phil. Klaus Landfried, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz ■ Prof. Dr. rer. nat. habil. Achim Mehlhorn, Rektor der Technischen Universität Dresden ■ Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch, Rektor der Fachhochschule Bremen ■ Prof. Dr. Heribert Offermanns, Bundesfachausschuss Forschung und Innovation ■ Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes ■ Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst ■ Prof. Dr. Erich Thies, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz ■ Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft ■ Prof. Dr. Winter, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Berufsakademien

Rot + Rot = Normal?

„Alles ganz normal“ heißt die neue Sprachregelung der Sozialdemokraten, wenn es um die Nachfolger der SED geht. Ganz „normal“ ist es für Generalsekretär Müntefering, wenn Gerhard Schröder sich mit PDS-Chef Bisky zum Essen trifft, um Pläne für neue Koalitionen zu schmieden.

Genauso „normal“ soll die offizielle und heimliche Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sein – in Bundesländern, die durch rot-rote Politik wirtschaftlich weit abgeschlagen sind. Man mag sich eben.

Schröder wird erklären müssen

Schröder, der in Wahlkampfzeiten die PDS noch gerne in die Schmutzdecke stellte, betätigt sich als Reinigungskraft der verstaubten und um das politische Überleben kämpfenden Postkommunisten. Aber er wird der 1998 von ihm umworbenen „Neuen Mitte“ schon erklären müssen, warum er, zehn Jahre nach der Wiedervereinigung, ge-



meinsame Sache mit der Partei der Spaltung macht: mit einer Partei, die „neue Gegenmächte institutionalisieren“, Banken öffentlich-rechtlich kontrollieren, den Drogengebrauch „entkriminalisieren“, Geheimdienste abschaffen, den Bundesgrenzschutz abbauen und die NATO auflösen will (Bundestagswahlprogramm 1998). Privateigentum, Medien, Forschung, Rechtsstaat sind weitere Themen, bei denen die PDS deutlich macht, dass sie noch immer die DDR im Blute hat. Es ist klarerkennbar, dass die PDS eine andere Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft errichten will. Lippenbekenntnisse einiger PDS-Größen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung können darüber nicht hinwegtäuschen.

Müntefering hat 1999 gesagt: „Die PDS ist gnadenlos opportunistisch“ – ein Satz, wie er über die SPD von heute nicht besser formuliert werden könnte. So gab Müntefering in dieser Woche ohne den Anflug von Schamröte zu, die Annäherung an die PDS sei „eine Frage von ganz nüchternem politischen Kalkül“.

Denn Schröder befürchtet zu Recht, dass es 2002 für Rot-Grün nicht mehr reichen wird, und dass – Möllemann hin oder her – die Liberalen seine Politik niemals mittragen würden. Er will der PDS im Osten Deutschlands flächendeckend zur Macht verhelfen. Über Brandenburg und Berlin ins Kabinett – das ist sein Fahrplan für die PDS.

Halbherzige Dementis

Ein SPD-PDS-Koalitionsvertrag im Jahr 2002, 15 Jahre nach dem Grundsatzpapier über die Zusammenarbeit von SPD und SED, wäre wahrscheinlich auch ganz „normal“. Niemand glaubt mehr an Münteferings gebetsmühlenartige und halbherzige Dementis zu einer

ANDREAS SCHMIDT:

Leichen im SPD-Keller?

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt hat Fragen zu den SPD-Financen:

Die SPD tut sich – freundlich ausgedrückt – schwer mit dem Transparenzgebot des Grundgesetzes. Der wahre Wert des SPD-Unternehmensimperiums, bestehend aus Unternehmen, Beteiligungen und Unterbeteiligungen ist aus dem SPD-Rechenschaftsbericht nicht ersichtlich. Auch die Beteiligungen an der „Vierten Gewalt“, nämlich an einer Vielzahl von Tageszeitungen und Rundfunkanstalten wird nicht aufgedeckt. Nach einem Bericht des „Spiegel“ soll der SPD-Hausjurist Helmut Neumann den aktuellen Wert des SPD-Vermögens

auf annähernd 1 Mrd. DM schätzen. Dies sind mehrere 100 Mio. DM mehr, als aus dem Rechenschaftsbericht ersichtlich: eine finanzstarke Basis für teure Wahlkämpfe!

Geheimnisvolle Grundlage dieses Imperiums sollen 12 Meter archivierte Akten sein. Die Berichte häufen sich, dass die SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier jeden Einblick in diese Akten verhindert. Der Verfasser der Heine-Biographie, Stefan Appellius, berichtet in seinem Buch dazu:

In einem Brief an Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt gab die damalige SPD-Schatzmeisterin eine Erklärung für ihr Verhalten. Die fraglichen Akten enthielten Informationen, die der SPD 'schweren Schaden'

zufügen würden. Außerdem könne durch eine Auswertung der Akten das Ansehen 'verstorbenen und noch lebender Genossen' Schaden nehmen, glaubt man in der SPD-Führung. Wissenschaftler, die sich mit der Nachkriegsgeschichte der SPD auseinandersetzen wollen, stehen vor einem Dilemma, denn der Zugang zu wichtigen Quellen ist ihnen verstellt: Die SPD-Führung will offenbar verschleiern, dass der Umgang mit ihren Eigenbetrieben 'nicht unbedingt ein Ruhmesblatt in der Chronik dieser Partei' darstellt.

Ich fordere den Bundestagspräsidenten auf, durch unabhängige Wirtschaftsprüfer Defizite in den SPD-Rechenschaftsberichten schonungslos aufzuklären.

bundespolitischen Kooperation. Selbst die eigenen Leute nicht. Ostdeutsche SPD-Mitglieder sind entsetzt über den Kurs der Parteiführung und warnen eindringlich vor schweren Schäden für die SPD durch die Aufwertung der PDS. Ihre Stimmen verhallen ungehört. „In Deutschland wird es keinen Kanzler

geben, der von der PDS abhängig ist,“ erklärte Schröder im Mai 1998 – eine Lüge. Denn ohne die PDS hätte er schon die Eichelschen Steuerpläne im Bundesrat niemals durchsetzen können. Jetzt kauft er die PDS ein, um sich 2002 an der Macht zu halten. Das zeigt: In Schröders Politik hat immer mehr seinen

Preis, aber immer weniger hat Wert und Würde. Aber auch das ist wahrscheinlich ganz „normal“.

Die Erklärung des Generalsekretärs ist auch als Gast-Kolumne im „Offenburger Tageblatt“ erschienen.

Sinkender Verteidigungshaushalt gefährdet **Sicherheitsvorsorge**

Aus der Rede von Generalsekretär Ruprecht Polenz am 12. Oktober im Deutschen Bundestag:

Der Verteidigungsausschuss hat 7 Stunden getagt. Herr Minister, Sie haben es nicht für nötig gehalten, den Kolleginnen und Kollegen in dieser Sitzung Ihr Papier vorzustellen. Erst spät abends ging Ihr dickes Papier dann über die Postverteilstelle an die Abgeordneten. Sie wussten ganz genau, dass viele unserer Kollegen das Papier nicht rechtzeitig zur heutigen Debatte erhalten würden. Herr Minister, das ist eine Missachtung des Parlaments, eine Missachtung der Abgeordneten.

Unsere Vorstellung von der Bundeswehr ist das nicht

Ihre Broschüre heißt im Untertitel „Grobausplanung. Ergebnisse und Entscheidungen“. Im militärischen Sprachgebrauch bedeutet „Ausplanung“: Verlust des Dienstpostens, Streichung aus der Liste der Mobilmachungsbeordneten, Ab-

gabe des Seesackes und Entgegennahme der gelochten Kampfstiefel, der Socken und der Unterwäsche. Ist das Ihre Zukunftsvorstellung von der Bundeswehr, Herr Minister? Unsere ist es jedenfalls nicht.

Sie lassen wichtige Fragen weiter offen

Auch wir sind für eine Strukturreform der Bundeswehr. Aber wir nennen dafür klare Bedingungen: Sie las-

FAKTEN UND ARGUMENTE

sen wichtige Fragen weiter offen. Sie schweigen sich über die Standortfragen aus. Sie machen keine genauen Angaben über Streichung oder Verschiebung von Beschaffungsmaßnahmen. Und vor allem: Wo sind Angaben zu Ihrer Haushaltsplanung? Ihre Neuausrichtung ist ein gutgemeintes Konstrukt, eine Wunschliste ohne jeden finanziellen Bezug zur Realität. Mit verantwortungsvoller Verteidigungspolitik hat dies nichts zu tun.

Gewaltige Lücke

Es ist ausgeschlossen, dass die Bundeswehr den wachsenden verteidigungspolitischen Aufgaben bei einem ständig weiter sinkenden Verteidigungsetat gerecht werden kann. Es gibt eine gewaltige Lücke zwischen den Bedrohungsszenarien, die auch Sie anerkennen, und den Mitteln, die die Regierung für die Bundeswehr bereitstellt.

Unterfinanzierung gefährdet Bündnis- und Europafähigkeit

Auf dem internationalen Parkett geben Sie Versprechungen ab. Wenn es aber darum geht, diese Versprechungen auch tatsächlich einzulösen, können Sie sich im Kabinett nicht durchsetzen. Sie erzählen gerne, Herr Minister, dass Ihre Pläne, international gelobt würden. Da muss ich bei der letzten Wehrkundetagung in München auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein als Sie. Dort wurde der Verteidigungsbeitrag Deutschlands von allen

Bündnispartnern als zu gering eingeschätzt. NATO-Generalsekretär Robertson und US-Verteidigungsminister Cohen haben den sinkenden Verteidigungsetat Deutschlands mit deutlichen Worten kritisiert. Um es kurz zu sagen: Durch die Unterfinanzierung gefährden Sie die Bündnis- und Europafähigkeit der Bundeswehr.

Deutschland jetzt schon ein Unsicherheitsfaktor

Unsere Partner fragen sich, ob Deutschland zu seinen Zusagen steht oder nicht. Deutschland wird schon jetzt zu einem Unsicherheitsfaktor für seine Partner. Wie Sie Ihre international gemachten Versprechungen einhalten wollen, bleibt Ihr Geheimnis.

Der Verteidigungsetat sinkt dramatisch

Der von Ihnen, Herr Minister, geplante Umbau der Bundeswehr ist unterfinanziert und der Verteidigungshaushalt sinkt bis Jahre 2003 weiter, trotz Ihrer Buchungstricks. Sie haben ja schon 2 Mrd. Mark für die Auslandseinsätze in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo aus dem Allgemeinen Haushalt in den Verteidigungsetat verschoben

– und trotzdem sinkt dieser Etat von 46,7 Mrd. DM im Jahr 1998 auf 45,7 Mrd. DM im Jahr 2003. Folge: Angesichts steigender Personalkosten ein dramatisches Absinken des Verteidigungsetats.

Dank an Stoltenberg und Rühle

Die Bundeswehr ist die Armee der Einheit. Das ist auch eine große Leistung von Gerhard Stoltenberg und Volker Rühle, denen ich an dieser Stelle für ihre Arbeits als Verteidigungsminister ausdrücklich danken möchte. Es ist nicht damit getan, die großen Leistungen der Bundeswehr vor der historischen Kulisse Sanssoucis zu würdigen. Den Worten und Bildern müssen Taten folgen.

Nicht über den Kopf der Soldaten hinweg

Wir bieten Ihnen den Dialog über die Zukunft der Bundeswehr an. Dafür muss Schluss sein mit der Geheimniskrämerei. Lassen Sie uns die Debatte da führen, wo sie hingehört, nämlich im Parlament, statt die Verantwortung an Kommissionen abzuschieben. Und lassen Sie uns dabei die Soldaten einbeziehen, die mehr und mehr das Gefühl be-

kommen, dass vollkommen willkürlich über ihren Kopf hinweg entschieden wird.

Geschlossenes Reformkonzept der CDU/CSU

Auch die CDU/CSU-Fraktion tritt für die Flexibilisierung der Wehrpflicht ein. Wir sind uns im Grundsatz einig, dass wir an der Wehrpflicht festhalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unter der Federführung von Paul Breuer ein geschlossenes Reformkonzept für die Bundeswehr vorgelegt, nachdem wir intensiv mit den betroffenen Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr diskutiert hatten.

Unsere Forderungen

Der Verteidigungshaushalt darf nicht weiter absinken; mittelfristig sollte er auf 50 Mrd. Mark steigen, damit wir die notwendigen Investitionen in neues Gerät leisten können. Schon im Jahre 2001 brauchen wir zusätzlich 2,2 Mrd. Mark als Anschubfinanzierung für Modernisierungsmaßnahmen.

[http://](http://www.cdu.de/ueber-uns/buvo/gs/rede_rp_121000.htm)

Wortlaut der Rede: www.cdu.de/ueber-uns/buvo/gs/rede_rp_121000.htm

ULF FINK UND WOLFGANG ZÖLLER:

Politik der Schröder-Regierung geht zu Lasten der **Patienten**

Nach einer gemeinsamen Sitzung der CDU-Kommission „Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation“ und der CSU-Kommission „Für eine sozial gerechte Gesundheitsreform“ erklärten die Vorsitzenden Ulf Fink und Wolfgang Zöller:

Nach rund zwei Jahren Schröder-Regierung ist die Bilanz in der Gesundheitspolitik ernüchternd. Die Beitragssatzstabilität der gesetzlichen Krankenversicherung und die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens sind massiv gefährdet.

Die Bundesregierung hat seit Beginn ihrer Regierungszeit die Krankenkassen mit neuen Leistungen belastet und gleichzeitig Einnahmen reduziert. Um dies zu kompensieren, wurden Ärzte und andere Leistungserbringer dazu verpflichtet, medizinische Leistungen nur noch in einem bestimmten Umfang (Budget) zu erbringen. Leistungskürzungen, Wartelisten und eine schlechtere medizinische Versorgung sind die Folge. Die Rationierung von medizinischen Leistungen ist an der Tagesord-

nung. Dies führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Bereits Ende 1999 mussten die Patienten dies schmerzlich erfahren, als die Budgets für Arzneimittel ausgeschöpft waren. Auch in diesen Tagen hören die Patienten wieder von ihrem Arzt, dass leider das Budget für dieses Jahr aufgebraucht ist.

Flächendeckend unterversorgt

Die Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages hat verdeutlicht, dass die Politik der Schröder-Regierung zu Lasten der Patienten geht. Deren Vertreter haben auf die Folgen für Schwerstkranke und chronisch Kranke hingewiesen. Es wurde deutlich, dass nicht nur in Einzelfällen, sondern flächendeckend aufgrund der Budgets eine Unterversorgung der Patienten mit Medikamenten, Krankengymnastik, Ergotherapie und Logopädie festzustellen ist. Zuckerkrankte beklagen, dass ihnen die zur Blutzuckerkontrolle notwendigen Blutzuckerteststreifen



U. Fink



W. Zöller

vorenthalten werden. Krebskranke weisen darauf hin, dass in der Heilmittelversorgung dringend notwendige Therapien wie Lymphdrainage oder Krankengymnastik nicht mehr verordnet werden. Patienten, die aus Krankenhäusern entlassen werden und der ambulanten Nachbehandlung bedürfen, wird unter Hinweis auf Regressandrohung und Budget das Medikament verweigert, auf das sie eingestellt sind.

Den Patienten werden aus Kostengründen zunehmend auch moderne Arzneimittel vorenthalten. Bei vielen Krankheiten gibt es nach einer Studie des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller eine alarmierende Unterversorgung. Der Studie nach werden Kassenspatienten bei 13 untersuch-

ten Indikationsgebieten nicht nach modernen Standards behandelt. Dazu gehören Alzheimer, Herz-Kreislauf-Leiden, Schizophrenie, Depressionen, Schmerz, Osteoporose, Diabetes, Hepatitis C, Allergien/Asthma, Onkologie, chronische Bronchitis, Epilepsie sowie Gastritis und Ulcus.

Die rot-grüne Politik der Reglementierung und Budgetierung ist rückwärts gewandt. Wer den Menschen weiß machen will, alles und mehr sei möglich, ohne auch nur einen Pfennig mehr dafür zu bezahlen, der täuscht sie und belastet künftige Generationen. Wir wollen eine Reform, die nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft verspricht.

Medizinische Leistungen dürfen nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden

Eine Reform muss die Förderung des medizinischen Fortschritts und die Teilhabe aller an diesem Fortschritt gewährleisten. Die Inanspruchnahme medizinisch notwendiger Leistungen darf keine Frage des Geldbeutels sein. Dabei gelten für uns folgende Grundsätze:

- der medizinische Fortschritt muss für die gesamte Bevölkerung zugänglich bleiben,
- der soziale Ausgleich zwischen jungen und alten, gesunden und kranken Menschen, Beziehern höherer und niedriger Einkommen sowie zwischen Alleinstehenden und Familien soll aufrecht erhalten werden,
- Gesundheitspolitik muss die Wachstumsdynamik des Gesundheitssektors unterstützen. Da die Branche wächst, können Hunderttausende neue Jobs geschaffen werden,
- die Beibehaltung eines pluralistischen Gesundheitswesens,
- soviel Freiheit wie möglich für Patienten und Leistungsanbieter.

Auf dieser Grundlage hat die CDU mit Kapitel IV „Fairness im Gesundheitswesen“ des Diskussionspapiers der Kommission Sozialstaat 21, hat die CSU mit dem Diskussionspapier „Für eine sozial gerechte Gesundheitsreform“ umfassende Reformansätze unterbreitet, die in den wesentlichen Fragen deckungsgleich sind.

Den Wortlaut des CDU-Diskussionspapiers finden Sie als Dokumentation in UID 21/2000

MARIA EICHHORN:

Bahn muss mehr für Familien, Senioren und Behinderte tun

Zu einem Gespräch der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU mit Vertretern der Bahn AG erklärte die Vorsitzende:

■ Schlechte Bedingungen für kleine Kinder ■ Der Weg zum Zug ist sehr oft nicht barrierefrei. ■ Probleme mit Umsteigezeiten, Pünktlichkeit, Anschlussicherheit, Verständlichkeit der Durchsagen und Informationsservice ■ Der Gepäckservice ist zu langsam und zu teuer, selbstständiges Reisen mit Gepäck für Senioren, Behinderte und Familien oft nicht möglich.

Vier Kritikpunkte, die die Vertreter der Bahn AG überwiegend teilen und bei denen sie für Abhilfe sorgen wollen. Mit Blick auf die Sicherheit in den Zügen wurde zugesichert, dass die Anzahl der Zugbegleiter nicht verringert werden soll.

Die Abgeordneten betonten abschließend die Bedeutung des weitverzweigten Streckennetzes und sprachen sich für den Erhalt der Strecken aus, die eine regionale Anbindung der Bewohner kleinerer Städte und Gemeinden sicherstellen. **UD**

Heuchelei

■ Die SPD zieht die Notbremse im Untersuchungsausschuss: Die für den 8. November beantragte Anhörung der SPD-Bundes-schatzmeisterin Wettig-Danielmeier und des SPD-Finanzberaters Feldmann wurde unter Missachtung der Geschäftsordnung des Bundestages abgelehnt. Wettig-Danielmeier soll am Ende des Vernehmungstags 30. November befragt werden, die Befragung Feldmanns ist noch nicht terminiert. Andreas Schmidt, Obmann der CDU/CSU im UA: „Die Behauptung der SPD, sie verberge nichts, ist reine Heuchelei.“

Leistungsfeindlich

■ „Leistung ist Rot-Grün immer noch suspekt.“ So kommentiert der sportpolitische Sprecher CDU/CSU, Klaus Riegert, die Sportförderungspolitik der Bundesregierung. Bei einer Schrumpfung des Gesamthaushaltes um 0,02 Prozent soll die Förderung des Spitzensportes um 14 Prozent, sollen die Zuwendungen für Investitionen im Leistungssport sogar um 41,2 Prozent gekürzt werden. Riegert fordert: „Haushaltskonsolidierung ja, aber bitte im Rahmen des Gesamtkonzeptes von 0,02 Prozent.“

Besorgniserregend

■ Ein britisches Ehepaar will laut Presseberichten gerichtlich die Geschlechtswahl ihres zukünftigen Kindes erzwingen. Eine künstliche Befruchtung soll zur Geburt einer Tochter führen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“, Hubert Hüppe, spricht sich angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung gegen Präimplantationsdiagnostik aus: „Es gibt kein Recht auf ein Designerkind. Nur ein Verbot von Präimplantationsdiagnostik, aber nicht allein ärztliche Standesethik kann gezielte Selektion verhindern.“

Eine Nummer zu klein

■ Hinter den Erwartungen zurück bleibt das Investitionsprogramm der Bundesregierung. Trotz Verwendung eines Teils der UMTS-Milliarden wird lediglich das Ist-Ergebnis des Jahres 1999 von 56 Mrd. DM erreicht. An der Investitionsquote des Waigel-Haushalts von 1998 fehlen satte 7 Mrd. DM. Der Bereich Forschung/Bildung erhält nur ein Drittel des Angekündigten. Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/

CSU: „Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist nicht falsch, aber eine Nummer zu klein.“

Unverantwortlich

■ Nicht nur der Bildung, auch dem Verkehr bringt die Verteilung der Zinslöhse aus der UMTS-Versteigerung keine Vorteile. Nachdem der Verkehrsminister schon beim Entwurf des Verkehrs- und Bauhaushaltes massive Kürzungen hinnehmen musste, erhält er jetzt statt erwarteter 4 Mrd. nur etwa 3 Mrd. DM. Bahnchef Mehdorn hat sein Sanierungsprogramm für die Bahninfrastruktur gestoppt. Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Das ist unverantwortlich. Wir fordern zukunftsorientierte Verkehrsinfrastrukturinvestitionen.“

Besser fördern

■ Dringend erforderlich ist eine Verbesserung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), um einer Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung Rechnung zu tragen. Da ein von der Bundesregierung angekündigter Entwurf nicht in Sicht ist, hat die Union einen eigenen Entwurf eingebracht. Ilse Aigner, Berichterstatterin für berufliche Weiterbil-

derung: „Wir stellen uns eine Erhöhung der Förderbeiträge beim Unterhalt vor, Steigerung der Zuschussanteile und Erhöhung der Förderbeiträge für Teilnehmer mit Kindern. Nur so können wir den Unternehmensnachwuchs im Mittelstand besser fördern.“

Inakzeptabel

■ Politische Überzeugungsarbeit nach Art eines Propagandasenders soll künftig der deutsche Auslandsrundfunk leisten – so ein Positionspapier des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Bernd Neumann, Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU: „Ein derartiger Eingriff in die Rundfunkfreiheit ist völlig inakzeptabel.“

Verträge statt Regeln

■ Vertragsnaturschutz ist ein wichtiges Instrument des Naturschutzrechts. Vertragliche Vereinbarungen zwischen Verwaltungen und Grundeigentümern an Stelle gesetzlicher Regelungen kommen aber im Bundeshaushalt des Umweltministeriums bisher zu kurz. Peter Paziorek, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und Cajus Julius Caesar, Berichterstatter für Naturschutz, plädieren für eine Stärkung des Vertrags-

naturschutzes: „Etwa 6 Millionen DM sollten ihm zufließen.“

Rock und Pop

■ Vom Außenseiter zum bedeutenden Wirtschaftszweig: Die Rock- und Popmusik hat in Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Auf Initiative der CDU/CSU beschäftigt sich der Deutsche Bundestag jetzt erstmals in einer Bestandsaufnahme mit dieser Musikrichtung. Das Hauptaugenmerk der CDU/CSU gilt der Frage, ob die Förder- und Rahmenbedingungen der Rock- und Popmusik dem Gewicht dieses Kulturbereiches Rechnung tragen. Steffen Kampeter, Obmann im Haushaltsausschuss, und Norbert Lammert, kulturpolitischer Sprecher: „Wir wenden uns gegen einen verengten Begriff der Kulturförderung, wie ihn die Bundesregierung vertritt.“

Treibstoffkosten

■ Verständnis für den Protest vieler Bauern gegen die hohen Energiekosten in der Landwirtschaft hat Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Diesel erhöht sich von 0,21 DM je Liter auf 0,57 DM. Die Bundesregierung betätigt sich als größter Preistreiber in

der Landwirtschaft. Die Verteuerung muss zurückgenommen werden.“

Verheerend

■ Das Streckennetz verrottet, Stilllegungen gehören zum Programm, und auf dem Land wird das Angebot eingeschränkt: Ergebnis der rot-grünen Bahnpolitik. „Damit muss Schluss sein“, fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU, Klaus Lippold: „Die Bundesregierung muss für mehr Wettbewerb auf der Schiene eintreten. Voraussetzung dafür ist die Trennung von Netz und Betrieb.“

Um ein Drittel gekürzt

■ Die Ungleichbehandlung der Umweltverbände durch die Bundesregierung prangert Peter Paziorek, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU, an. Nicht alle Umweltverbände profitieren im gleichen Maße von der Mittelzuweisung aus dem BMU-Haushalt. Paziorek: „Der Bund Heimat und Umwelt ist bei der Erhöhung der Mittelzuweisung nicht nur unberücksichtigt geblieben. Seine Mittel sind auch noch um ein Drittel gekürzt worden.“

Kommunalfeindlich

■ Mit dem Ziel, die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken, ist die Bundesre-

Rot-Grün belastet den Arbeitsmarkt

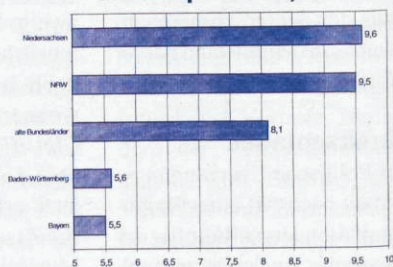
Zu den jüngsten Arbeitsmarktzahlen erklärte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Hartmut Schauerte:

Die Arbeitslosenquote lag im September in NRW bei 9,5%, in Baden-Württemberg und Bayern waren es „nur“ 5,6% bzw. 5,5%. Während die Arbeitslosenzahlen in Baden-Württemberg um 14,4% im Vergleich zum Vorjahresmonat abnah-

men, sank dieser Bestand an Rhein und Ruhr nur um 7,3% auf rund 743.600 arbeitslose Menschen.

Es war aber Ministerpräsident Clement, der wiederholt verkündete, dass er sich an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen messen lassen werde. Anspruch und Wirklichkeit klaffen wieder einmal auseinander. Mit dieser rot-grünen Wirt-

Arbeitslosenquoten im September 2000 bezogen auf abhängige Erwerbspersonen)



schaftspolitik wird Nordrhein-Westfalen nie zur 1. Arbeitsmarktdressade unter den Bundesländern!

gierung angetreten. Genau das Gegenteil ist jetzt der Fall. Den Kommunen sollen 18 Prozent der Steuermindereinnahmen aufgebürdet werden, obwohl sie nur 12 Prozent Anteil an den Steuereinnahmen haben. Dazu Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir Kommunalpolitiker müssen immer wieder Versuche abwehren, die kommunalen Haushalte als Verschiebebahnhof für Bundeslasten zu missbrauchen.“

Bischofswort

■ Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes lei-

sten die Kirchen einen entscheidenden Beitrag zur Lösung friedenspolitischer Herausforderungen. Klaus-Jürgen Hedrich, Berichterstatter für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, und Peter Weiß, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, begrüßen daher ausdrücklich das neue Bischofswort „Gerechter Friede“: „Die Lektüre des Bischofswortes sollte die Bundesregierung veranlassen, dafür zu sorgen, dass die EU-Kommission wieder ein verlässlicher Partner von Nichtregierungsorganisationen wird.“

Ausgrenzung

■ Die Schröder-Regierung koppelt Beamte zunehmend von den tarifvertraglichen Regelungen des öffentlichen Dienstes ab. Entgegen ihrem Versprechen will sie ihnen eine Null-Runde verordnen, während Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst mit einer Gehaltserhöhung von 2 Prozent rechnen können. Dazu Meinrad Belle, Berichterstatter Öffentlicher Dienst, und Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir wollen, dass die allgemeinrechtlichen und tarifvertraglichen Regelungen auch auf Bundesbeamte übertragen werden.“

NORBERT LAMMERT:

Naumanns Vorlage sollte umgehend im **Papierkorb** verschwinden

Aus Anlass des Internationalen Symposiums über „Auslandsrundfunk im 21. Jahrhundert“ erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung angekündigte Ziel der Verbesserung der medialen Außen- darstellung Deutschlands ist nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zur Hälfte der Legislaturperiode gescheitert. Außer massiven Haushaltskürzungen und falsch-falschen Sprüchen über Auslandsrundfunk ist Staatsminister Naumann auf einem seiner wichtigsten Aktionsfelder noch nichts eingefallen. Die Budgetkürzungen, die in ihrer Dramatik weit über die Einsparungsziele von Bundesfinanzminister Eichel hinausgingen, haben zur Streichung von 700 Stellen und zur Einstellung zahlreicher Programme geführt. Weniger statt mehr Auslandsrundfunk ist die Folge.

Statt an einer Verbesserung der Außen- darstellung Deutschlands zu arbeiten, hat die Behörde Naumann

ein Papier zur Neugestaltung des deutschen Auslandsrundfunk vorgelegt, das die Deutsche Welle von einer öffentlich-rechtlichen Bundesrundfunkanstalt in einen Staatsfunk verwandeln soll. Wer von Redakteuren politische Überzeugungsarbeit verlangt und ihre Ausrichtung an politischen Leitlinien fordert, der will Missionare statt unabhängige Journalisten. Es muss jedem zu denken geben, wenn der Bürgerrechtler Konrad Weiss diese skandalöse Vorlage mit den Worten kommentiert: „Naumann verletzt das Grundgesetz, das die Freiheit der Medien verbürgt und verstößt gegen das Gesetz über die Deutsche Welle“, das eine inhaltliche Einflussnahme des Staates ausschließt. „Mich (Konrad Weiss) erinnern die archaischen Vorstellungen des Staatsministers, der sich gern liberal und weltläufig gibt, aufs fatalste an jene, die ich aus der DDR kenne. Dort wurde Kritik im Innern auch immer unter Hinweis auf die Außenwirkung unterdrückt.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bun-

desregierung auf, diese Vorlage umgehend im Papierkorb verschwinden zu lassen. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesländer bei ihren medienpolitischen Beratungen dieses Papier als nicht diskussionsfähig verworfen haben. Naumann muss die Verantwortung für dieses Papier übernehmen und nicht die Schuld auf seine offenkundig überforderten Medienbeamten abschieben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt von der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage im Bundestag nun eine klare Antwort, ob das Deutsche-Welle-Gesetz in dieser Legislaturperiode novelliert und in der Finanzierungsfrage verfassungskonform gestaltet wird. Während Naumann im Deutschen Bundestag erklärt hat, er denke nicht an eine Novellierung des Gesetzes, ist den Bundesländern gegenüber schriftlich festgehalten worden, das Gesetz solle noch in dieser Legislaturperiode novelliert werden. Die Medienpolitik des Staatsministers ist illiberal, widersprüchlich und löst im Ausland ein verheerendes Echo aus.

UID

Chancen **nutzbar** machen für Deutschlands Bauern

Zur Vorlage von Positionen zur Struktur- und Steuerpolitik für die Landwirtschaft erklärten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge MdEP, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfähige Landwirtschaft“ des Bundesfachausschusses, der hessische Staatsminister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wilhelm Dietzel:

Deutschland braucht eine Agrarpolitik, die die Bauern schnell und nachhaltig entlastet. Die Folgen der Agenda 2000 treffen die Bauern derzeit nicht in der vollen Härte. Die Weltmärkte entwickeln sich relativ günstig, der starke Dollar hilft im Export und macht unsere Bauern etwas unabhängiger von der Marktpolitik.

Chancen nutzen

Die CDU will, dass die Gunst der Stunde genutzt wird. Die Landwirtschaft braucht eine Politik, die es ihr ermöglicht, die sich bietenden Chancen zu nutzen.

Die Bauern müssen jetzt die Möglichkeit bekommen, ihre Betriebe weiterzuentwickeln, wettbewerbsfähiger und schlagkräftiger zu werden.

Unsere Forderungen:

■ **Runter mit den Steuern auch für die Landwirtschaft!** Die Landwirtschaft braucht eine schnelle Steuerentlastung. Mit Vertröstungen auf das Jahr 2005 und später ist der deutschen Landwirtschaft nicht geholfen. Nicht nur große Kapitalgesellschaften stehen im internationalen Wettbewerb, auch die deutschen Bauern müssen sich auf internationalen Märkten behaupten. Die deutsche Landwirtschaft braucht einen Steuersatz von in der Spitze deutlich unter 40 %.

■ **Freiraum für unternehmerische Entscheidungen!** Die deutschen Bauern müssen schnell und flexibel auf Marktentwicklungen reagieren können. Wir fordern mehr Unterstützung für die Landwirtschaft bei der Betriebsentwicklung. Das heißt: mehr Mittel für die Investitionsför-

derung. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sollte nicht Geld für alles und jedes zur Verfügung stellen, sondern in erster Linie für die landwirtschaftliche Betriebsentwicklung. Dabei gilt es, das Verfahren zu entbürokratisieren und die Freiheiten der Unternehmer zu vergrößern. Wir fordern die Einführung eines allgemeinen Agrarkredites.

■ **Runter mit den Energiekosten!** Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken heißt, sie von Kosten zu entlasten. Rot-Grün fordert von der Landwirtschaft, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, bürdet ihr aber ständig zusätzliche Kosten auf. Besonders gravierend sind die Kostensteigerungen im Energiebereich. Die Ökosteuer belastet die Landwirtschaft überproportional. Der Agrardiesel ist eine Mogelpackung. Die effektive Steuerbelastung des von der Landwirtschaft eingesetzten Diesels wird durch den gleichzeitigen Abbau der Gasölbeihilfe 36 Pfennig höher sein als 1998. Wir fordern: Einsatz des Agrardiesels zu Bedin-

Forderungen an eine **wegweisende** deutsche Klimaschutzpolitik

Mit Blick auf die am 13./14. November in Den Haag stattfindende 6. Vertragsstaatenkonferenz zum Klimaschutz erklärten der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold, der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek, und der umweltpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Christian Ruck:

Die Verpflichtung Deutschlands, die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent zu reduzieren, wurde unter der früheren Bundesregierung zu über 60 Prozent realisiert. Seit Über-

nahme der Regierung durch Rot-Grün herrscht Stagnation. Deutschland hat seine einstige Vorreiterrolle, die haben die letzten Klimaschutzkonferenzen gezeigt, längst verloren.

Erfolg durch Selbstverpflichtung der Wirtschaft

Die Unionsfraktionen sind sich über den einschlagenden Weg klar. Sie fordern umgehend:

Ein umfassendes Energieeinsparprogramm für den Altbaubestand und eine klare Festlegung der Vorgaben für den Neubaubereich. Hierzu ist die Energieein-

spar-Verordnung sofort umzusetzen. CDU/CSU hatten hier entscheidend vorgearbeitet. Zwingend notwendig: ein umfassendes, aus Bundesmitteln zu finanzierendes Anreizprogramm im Altbaubestand.

Die von der Union geführte Bundesregierung hatte eine erfolgreiche Selbstverpflichtung mit der deutschen Wirtschaft abgeschlossen.

Die rot-grüne Bundesregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich um die Wiederholung unseres Erfolgs zu bemühen. Mit der Automobilindustrie insbesondere ist eine Fortführung der Selbstverpflichtung zu vereinbaren.

gungen von Heizöl (12 Pfennig Steuerbelastung pro Liter) und Wegfall der Ökosteuer, damit die deutschen Landwirte bei Kraftstoffsteuer und Energiekosten mit den europäischen Berufskollegen gleichgestellt werden.

■ **Abbau von Bürokratie!** Deutschland hat insgesamt zu hohe bürokratische Hemmnisse. Ein OECD-Vergleich

legt die Schwachpunkte offen. Sie liegen vor allen Dingen im Bereich der Genehmigungen. Ebenso wie für die Gesamtwirtschaft gilt dies insbesondere für die deutsche Landwirtschaft. Wir müssen weg von dem Zustand, dass ein deutscher Bauer noch auf seine Genehmigung für den Stallbau wartet, während seine Berufskollegen in anderen EU-Staa-

ten in ihren neuen Ställen bereits Schweine mästen.

Es geht jetzt um die Perspektiven der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Schnelle Entscheidungen in der Struktur- und Steuerpolitik sind dringend erforderlich, damit die Wettbewerbsfähigkeit für die deutsche Landwirtschaft gesichert werden kann.

Europa verändert Städte und Gemeinden

Zur Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Sicherung des Bestandes und Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland im Rahmen von Rechtsetzung der Europäischen Union“ erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit unserer Anfrage fordern wir die rot-grüne Regierung zu einer deutlichen Positionsbestimmung zu den Auswirkungen der Europapolitik auf die Zukunft der Städte, Gemeinden und Landkreise auf.

Damit setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre europafreundliche Politik fort. Sie will, dass Europa enger zusammenwächst, und sie will eine Erweiterung

geregelt werden können oder wenn Änderungen mit Verständnis und Zustimmung der Bürger kommen.

Weit über die Hälfte der Brüsseler Entscheidungen betreffen die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise – oft ohne genaue Prüfung der Konsequenzen auf der untersten politischen Ebene.

Für Strom, Wasser, Gas, öffentlichen Nahverkehr, Umwelt- und Naturschutz, Sparkassen und viele andere Aufgaben der Städte, Gemeinden und Kreise will Brüssel die Bedingungen diktieren. Die Folgen für die Qualität der Versorgung sind unklar.

Das Gesicht der Stadt- und Gemeindeverwaltungen wird sich radikal verändern. Eine klare politische Zielrichtung hat die rot-grüne Regierung dafür nicht auf den Tisch gelegt.

In Deutschland ist das Recht der Bürger auf Erledigung ihrer eigenen Angele-



genheiten durch die kommunale Selbstverwaltung in Artikel 28 des Grundgesetzes garantiert. In vielen Ländern der Europäischen Union gibt es andere Traditionen. Deshalb muss die Bundesregierung bei der Neugestaltung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, den Nationalstaaten und den Regionen die Zukunft der Städte, Gemeinden und Kreise besonders beachten. Schröder und Fischer haben dazu keine klare Position bezogen.

Wir brauchen auch morgen starke Städte

Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine Große Anfrage an die Schröder-Regierung gerichtet. Die Zukunft der kommunalen Dienstleistungen und die Zukunft einer aktiven Bürgergesellschaft in den Kommunen stehen auf dem Spiel.

Wir brauchen auch in Zukunft starke Städte und Gemeinden, die dafür sorgen, dass, was vor Ort erledigt werden kann, auch dort demokratisch und autonom erledigt wird.

UD

Wir brauchen die Zustimmung der Bürger

Dafür brauchen wir auch in Zukunft die Zustimmung der Bürger. Europa wird nur ein Erfolgsprojekt bleiben, wenn grundlegende Strukturen, die die nationale Identität der Mitgliedsstaaten ausmachen, weiter national

CDU/CSU fordert Aufnahme der Grundrechte-Charta in das EU-Recht

Der Deutsche Bundestag hat am 12. Oktober ausführlich über den Entwurf einer EU-Grundrechtecharta debattiert.

Unter dem Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog hatte ein gewählter Konvent den 54 Artikel umfassenden Entwurf ausgearbeitet. Darin verankert wurde die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Berücksichtigung neuerer Entwicklungen im Bereich der Gentechnik sowie das Bekenntnis zur Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen in Europa.

Damit die Unionsbürger ihre Rechte gegenüber den Organen der Europäischen Union auch einklagen können, müssen die in der Charta aufgeführten Grundrechte rechtsverbindlich werden. Deshalb fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Aufnahme der Charta in das EU-Recht.

In der Präambel des Entwurfs der Charta heißt es:

„Die Völker Europas haben beschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer

Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.

Ausgehend von ihrem kulturellen, humanistischen und religiösen Erbe gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Grundsätze der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität; sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft begründet und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts schaffen hat.

Die Union trägt zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei; sie ist bestrebt, eine ausgewogene Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher.

Mit der Annahme der Charta möchte die Union die Grundrechte sichtbar machen und dadurch ihren Schutz angesichts der Entwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen verstärken.

Diese Charta bekräftigt unter Achtung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Gemeinschaft, unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips die Rechte, die sich aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten, aus dem Vertrag über die Europäische Union und aus den Gemeinschaftsverträgen, aus der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, aus den von der Gemeinschaft und dem Europarat beschlossenen Sozialchartas sowie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben.“

Den Wortlaut des Entwurfs der Grundrechte-Charta schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu

Der Polizei den Rücken stärken – Extremismus zurückdrängen!

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Gerhard Vogler, seine Bestürzung angesichts des Mordes an einem Polizisten bei Erlangen, dem nunmehr schon achten Polizistenmord in Deutschland in diesem Jahr.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beobachtet mit Sorge eine Entwicklung, die von immer geringerer Achtung gegenüber den Polizisten und ihrer für die Sicherheit aller Menschen so wichtigen Arbeit getragen ist.

Die Führungsspitze der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund unterstützt die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Bundesregierung bei der Beamtenbesoldung, beim Versammlungsrecht und bei der Verbrechensbekämpfung dringend handeln muss:

■ CDU/CSU-Bundestagsfraktion und DPoIG sind in keiner Weise damit einverstanden, dass die Bundesre-

gierung die Besoldung der Beamten und damit der Polizisten in sozial unverantwortlicher Weise von der Einkommensentwicklung des übrigen öffentlichen Dienstes abkoppelt. Statt der versprochenen Anhebung um 0,6% im Jahr 2000 beabsichtigt die Bundesregierung, eine lineare Nullrunde durchzusetzen – und das angesichts einer Geldentwertung von derzeit 2,5%. Bei den Lohnrunden 2001 und 2002 wird die Bundesregierung diese Lücke noch weiter vergrößern, denn die Lohnanhebung für die Beamten soll erst Monate nach derjenigen für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst erfolgen.

■ Verantwortungsvoller Dienst für das Gemeinwohl

Polizisten und Polizistinnen leisten einen schweren und verantwortungsvollen Dienst für das Gemeinwohl. Es gibt überhaupt keinen Grund, ihnen auch noch Sonderopfer und de-facto-Gehaltskürzungen aufzubürden. Die DPoIG und die CDU/

CSU-Bundestagsfraktion fordern, das Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes auf die Beamten ungeschmälert zu übertragen. Die Fraktion hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht.

■ Das Versammlungsrecht, wie es sich im Laufe der 50jährigen Rechtsprechung entwickelt hat, bietet geschickten Gegnern unserer Demokratie zu viele Gelegenheiten, unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit Straftaten zu begehen, öffentliche Institutionen in ihrer Arbeit zu behindern und das Ansehen unseres Landes, seiner Bürger und Bewohner beleidigend und verfälschend herabzusetzen. Der Polizei sind in der Praxis häufig die Mittel genommen, unfriedliche Demonstrationen und Straftaten aus deren Mitte heraus rechtzeitig zu verhindern.

Dies müssen wir alle gerade in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit Aufmärschen von rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien feststellen.

Die DPoIG und die CDU/CSU-Bundestagsfrak-

ERWIN MARSCHEWSKI:

Stärker für die Bekämpfung der Kreditkartenkriminalität engagieren

Zum Anstieg der Fälle von Kriminalität mit Zahlungskarten erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Wirtschaft ist gefordert, mehr zur Verhinderung des Missbrauchs von Kreditkarten zu tun. Der Anstieg der Fälle von Zahlungskartenkriminalität ist erschreckend. Die Steigerungsrate betrug 1999 40% und in diesem Jahr ist mit einer weiteren Steigerung um 60% auf rd. 50.000 Fälle zu rechnen. Die Schäden gehen in die Millionen. Bereits 1998 beliefen sie sich auf über 41 Mio. DM. Geschä-

digte sind letztlich alle Karten-Nutzer. Sie müssen über die Jahresgebühr für die Schäden aufkommen. Dabei sind Gegenmaßnahmen ohne großen Aufwand möglich: ■ Versand der Karten so, dass Postwegverluste ausscheiden. ■ Karten müssen statt mit Magnetstreifen mit fälschungssicheren Chips ausgestattet werden. ■ Beim ec-Karten-Lastschriftverfahren muss die Identität des Karteninhabers verlässlich geprüft werden.

Der unionsgeführten Bundesregierung war es vor dem Hintergrund eines dramatischen Anstiegs der

Zahl der Kfz-Diebstähle gelungen, die Autoindustrie zu freiwilligen Präventionsmaßnahmen zu bewegen, dem Einbau der Wegfahrsperre. Folge: Halbierung der Zahl der Kfz-Diebstähle seit 1993. Jetzt sind angesichts des Anstiegs bei der Zahlungskarten-Kriminalität Kreditkartenemittenten, Banken und Wirtschaft gefordert, dort wirksamere Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Die bekannten Sicherheitstechniken müssen flächendeckend angewendet werden. Kein Unternehmer sollte abwarten, bis der Staat neue Sicherheitsvorschriften erlässt.

tion fordern, im Versammlungsrecht die Möglichkeit für befriedete Bezirke zu schaffen, um öffentliche Einrichtungen und Örtlichkeiten von herausgehobener gesamtstaatlicher, nationaler und historischer Bedeutung besser schützen zu können. Versammlungsverbote müssen als letztes Mittel möglich sein, wenn die Gefahr einer nachhaltigen Beschädigung erheblicher Interessen der

Bundesrepublik Deutschland besteht.

■ Die Verbrechensbekämpfung muss dringend modernisiert und verbessert werden. Insbesondere die Organisierte Kriminalität (OK) nutzt immer geschickter die Schlupflöcher, die ihnen die gesetzlichen Regelungen bieten.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich zu handeln, die Ausnahmen bei der akustischen Wohnraumüber-

wachung zu reduzieren, die optische Überwachung von OK-verstrickten Wohnungen zu ermöglichen und die Kooperation des Verfassungsschutzes mit der Polizei insbesondere beim bundesweiten Daten- und Informationsaustausch voranzubringen. Ein weiteres Zögern der Bundespolitik bedeutet einen immer größeren Vorsprung für die OK bei der Verfestigung ihrer Strukturen. **UD**



ÖKOSTEUER

Rückzug nach vorn

Die Koalition dementiert heftig, die „Ökosteuer“ reformieren zu wollen, aber heftige Dementis sind manchmal auch eine Bestätigung. Gerhard Schröders angedeutete Bereitschaft, die Ausgestaltung der Steuer zu überdenken („Über die Instrumente können wir reden, wenn es bessere gibt – über das Prinzip nicht“), läutet den kontrollierten Rückzug aus dem nationalen Alleingang ein. Die Welt

Die Probleme des Kanzlers mit der seit jeher ungeliebten Mineralöl-Abgabe sind mittlerweile auch selbst gemacht. Wenn Gerhard Schröder einerseits das Ökosteuer-Konzept bis zum Jahr 2003 als richtig verteidigt, andererseits für die Zeit danach nicht unerhebliche Korrekturen andeutet, dann ist ein solche Politik wenig überzeugend. Zumal andere dieselbe Erkenntnis schon früher zu Protokoll gegeben haben. Vor diesem konfusen Hintergrund kann die Koalition künftig noch so oft ihre Standfestigkeit beteuern. Nicht allzu viele werden ihr glauben.

Süddeutsche Zeitung

Konfus und unglaubwürdig

Es ist nicht mehr zu übersehen: Die Ökosteuer entwickelt sich allmählich zum Alptraum der rot-grünen Bundesregierung. Dass Genossen und Grüne derart in die Defensive geraten sind, hat keineswegs nur mit den populistischen und parteitaktisch motivierten Kampagnen der Opposition zu tun.

Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ doch seit Wochen verbreiten, bei der Ökosteuer dürfe nicht gewackelt werden. Doch ausgerechnet er, der offiziell die Ökosteuererhöhung verteidigt, schießt sie inoffiziell sturmreif. Mal drückt er sich so aus, dass er das Instrument nicht für ideal hält, und dann

War da was?

lässt er seinen Verkehrsminister verkünden, dass nach 2003 mit der Erhöhung der Ökosteuer Schluss sein soll. Zwei Dinge lehrt dieses Vorgehen: Schröder demonstriert erneut, dass er das Heft des Handels in der Hand hält. Wenn er seine Macht gefährdet sieht, dann verabschiedet er sich mit Brutalität von Positionen, die gestern noch als unverbrüchlich galten. Zweitens zeigt die tatsächliche Nichteinbeziehung der Grünen in dieser Absatzbewegung, was der Kanzler von seinem Koalitionspartner wirklich hält: nichts. Die Welt

SPD UND PDS

Gewöhnungsprozess

Kennen lernen, austesten, nach vorn schauen: Es hört sich undramatisch an, wie die SPD-Spitze ihr Verhältnis zur PDS umdefiniert. Aber das gerade ist das Neue. Kalkül statt Emotion: Was bewirkt werden soll, ist ein frühzeitiger öffentlicher Gewöhnungsprozess daran,

dass es wahlweise neben rot-grün, große Koalition und sozial-liberal auch diese Machtoption gibt.

Frankfurter Rundschau

Schmusekurs

So ändern sich die Zeiten. 1995 hat der damalige SPD-Chef Rudolf Scharping seinem Genossen Harald Ringstorff noch mit dem Parteiausschluss gedroht, falls dieser mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Sache machen sollte. Inzwischen hat sich in Schwerin eine Koalition von SPD und PDS etabliert. Nicht nur das. Kanzler Schröder holte die PDS bei der Steuerreform mit ins Boot. Und er macht auch keinen Hehl daraus, dass er sich gern mit Bisky oder Gysi zum Abendessen im Nobelrestaurant trifft. Die SPD lässt sich auf ein gefährliches Spiel mit den Schmuddelkindern ein. Denn der Schmusekurs kommt zur Unzeit. Mit Gregor Gysi geht die Galionsfigur der PDS von Bord. Die Führungsspitze der Partei formiert sich neu. Die Mit-

gliederbasis ist überaltert, viele Wähler sind verunsichert. In dieser Phase auf die PDS zuzugehen, wertet die SED-Nachfolgepartei unnötig auf.

Sächsische Zeitung

Fracksausen

Die SPD steht nach eigenem Empfinden schlechter da, als die Öffentlichkeit annimmt. Das ist die einzig plausible Erklärung dafür, dass der Parteivorsitzende Schröder und sein Generalsekretär die Gespräche mit der SED-Nachfolgepartei so sehr betreiben. Offenbar ist der Bundeskanzler weder mit den Grünen als Regierungspartner zufrieden noch sich der Koalitionsbereitschaft der FDP im Jahre 2002 sicher – sonst würde er doch in Ruhe abwarten, ob die Sozialisten langsam zur demokratischen Reife gelangen. Wie stark muss das sozialdemokratische Fracksausen sein, wenn Müntefering sich mit einem „ganz nüchternen politischen Kalkül“ rechtfertigt?

Frankfurter Allgemeine

BÖRSE

Heisser Herbst

Nach dem Ausverkauf bei Technologie-, Medien- und Telekommunikationstiteln fallen jetzt auch die Bankaktien wie reife Kastanien. Bis vor wenigen Wochen galt die Kurskorrektur noch als überfällige Reaktion auf die Übertreibungen des Frühjahrs. Doch nun übertreiben die Börsianer erneut – nur diesmal in die andere Richtung. Weltweit werden Qualitätstitel auf den Markt geworfen, als würde morgen die Börse geschlossen. Zweistellige Kursstürze haben längst das Stadium der Korrektur verlassen und münden im Crash. Mit Vernunft geht es an der Börse seit einigen Tagen nicht mehr zu. Plötzlich lauert hinter jeder Bilanz die vermeintliche Pleite. Yahoo etwa lieferte blende Zahlen, doch die Börsianer stürzen sich nur auf eine isolierte Negativinformation im Zahlenwerk. Überall kapitulieren die Kurse vor einer kollektiven Kopfflosigkeit. Die Welt

Für die kühleren Wochen im Jahr



Gelber Seemannsrucksack für Sport und Sauna

Bestell-Nr. 9662

Preis je Exemplar: 34,00 DM

Dusch/Sauna- Frotteehandtuch

aus reiner Baumwolle/

Größe: 0,70 m x 1,40 m

Bestell-Nr. 9458

Preis je Exemplar: 19,90 DM

Richtigstellung

CDU-Geschenkpapierrolle in blau

Bestell-Nr. 0302

CDU-Geschenkpapierrolle in rot

Bestell-Nr. 0303

(0,75 m x 10 m)

Je Rolle 14,90 DM



Genau richtig für diese Jahreszeit – der neue CDU-Regenschirm „eleganz“!



Dieser Automatik-Stockschirm ist sehr formschön und praktisch im Tragen zugleich. Durch den gebogenen, silberfarbenen Aluminium-Griff liegt er gut in der Hand. Die dunkelblaue Stoffbespannung und die dezente Bedruckung des CDU Logos „Digits“ verleihen dem Schirm einen eleganten Charakter. Das I-Tüpfelchen an diesem Schirm ist der „CDU“-Einleger am Ende des Griffes.

Bestell-Nr.: 9658
Preis je Exemplar: 15,- DM

UD2600-5-42720AKV 19. Okt. 1997 169/ 56 2000
G 8457Union Betriebs (mb)
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche
Entgelt bezahlt.Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

11.30 Uhr
Besprechung

Dieses Produkt wurde auf chlorfrei gebleichtem Alt-Papier gedruckt



Notizblock mit grünem Aufdruck

Bestell-Nr. 9812
Preis: 48,- DM
je 200 Exemplare

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de